

Marktgemeindeamt Eberstein

Zahl: 153-01/03-15

Betr.: REIBNEGGER Rudolf und Isolde, Errichtung eines Biomasthühnerstallneubaus

Anberaumung einer mündlichen Verhandlung

Herr Rudolf und Frau Isolde Reibnegger, wohnhaft in 9372 Eberstein, Klagenfurter Straße 15, haben mit Eingabe vom 24. September 2020 um die Bewilligung zur Errichtung eines Biomasthühnerstallneubaus auf den Parzellen Nr. 36, 45/1, .83, KG Eberstein, angesucht.

Zur Regelung dieser Angelegenheit ordnet der Bürgermeister der Marktgemeinde Eberstein gemäß den Bestimmungen der § 16 der Kärntner Bauordnung 1996 eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung an.

Ort: Eberstein, Klagenfurter Straße 15

Datum: Donnerstag, 15. Oktober 2020

Zeit: 13:30 Uhr

Die Kommission tritt an Ort und Stelle zusammen. Sie werden als Beteiligte eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder bevollmächtigte Vertreter zu entsenden, die zur Abgabe endgültiger Erklärungen ermächtigt sind. Die Vertreter haben sich mit ordnungsgemäßer auf Namen oder Firma lautender schriftlicher Vollmacht (mit € 14,30 versehen) auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 i.d.g.F., bei der Verhandlung vorgelesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden.

Die dem Bauansuchen zugrundeliegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Gemeindeamt Eberstein – Bauamt – während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf. Die Kundmachung hat zur Folge, dass nach § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 i.d.g.F., Einwendungen, die nicht spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung selbst vorgebracht werden, keine Berücksichtigung finden und mit Ablauf dieser Frist alle Rechte, die an die Parteistellung anknüpfen, entfallen.

Gemäß § 42 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 i.d.g.F., kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben.

Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Versäumt derjenige über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen, wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Der Bauwerber wird beauftragt, den Standort des Bauvorhabens an Ort und Stelle auszupflocken.

Eberstein, 30. September 2020
Der Bürgermeister

Andreas Grabuschnig e.h.

Zur öffentlichen Bekanntmachung :

Angeschlagen am :

Abgenommen am :

Kundmachung in geeigneter Form gemäß § 42 Abs. 1 zweiter Satz AVG., i.d.g.F.:
..... (z.B. Postwurf, Hausanschläge, Einschaltung in Tageszeitung)